



Demonstration bei der Klimakonferenz in Marrakesch im November 2016

## Schneller als gedacht

### Der Weltklimavertrag tritt in Kraft

Plötzlich ging alles ganz schnell: Nachdem Frankreich als erstes Industrieland am 15. Juni das Pariser Weltklimaübereinkommen ratifiziert hatte, zogen mit China und den USA Ende September beim G20-Gipfel die beiden weltweit größten Treibhausgasproduzenten nach. Die Nummer 3, Indien, trat dem Abkommen am 2. Oktober bei und zwei Tage später folgte das EU-Parlament mit deutlicher Mehrheit. Damit das im Dezember 2015 in Paris vereinbarte Klimaabkommen in Kraft tritt, müssen es mindestens 55 Vertragsparteien ratifizieren, die für wenigstens 55 Prozent des weltweiten Ausstoßes an Treibhausgasen verantwortlich sind. Diese Hürde wurde mit der EU-Zustimmung genommen.

Vor knapp einem Jahr kannte die Euphorie unter den Delegierten des Pariser Klimagipfels keine Grenzen. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks sprach von einem historischen Wendepunkt: „Wir haben alle zusammen Geschichte geschrieben.“ Jenseits aller Superlative hat Paris die Hoffnung genährt, dass die Wende beim Klimaschutz doch noch gelingen kann. Erstmals wurde die Zwei-Grad-Obergrenze in einem völkerrechtlich verbindlichen Abkommen festgeschrieben. Darüber hinaus wollen sich alle Staaten darum bemühen, den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad zu begrenzen. Damit wurde die bisherige strikte Trennung in Industriestaaten, Entwicklungs- und Schwel-

länänder beim Klimaschutz im Ansatz überwunden.

Ob man wirklich von einem historischen Wendepunkt sprechen kann, hängt von den Taten ab, die den hehren Worten folgen müssen. Die derzeit vorgesehenen Beiträge der einzelnen Länder, die sogenannten Intended Nationally Determined Contributions (INDCs), reichen nicht aus. Blicke es bei den bisherigen nationalen Klimaplänen, gehen Experten bis zum Jahr 2100 von einer durchschnittlichen globalen Erwärmung zwischen 2,7 und 3,5 Grad Celsius aus.

Ungeachtet dessen beharrt die EU auf ihren bereits 2014 beschlossenen Maßnahmen, die sich jedoch noch an der alten Zwei-Grad-Zielmarke orientieren. „Die Zeiten sind vorbei, in denen die EU internationaler Vorreiter war“, kritisiert Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch. Um nicht den Anschluss beim globalen Klimaschutz zu verlieren, müsse die EU vor allem bei der Energieeffizienz und beim Emissionshandel deutlich nachbessern. Bals forderte die Bundesregierung auf, mit den EU-Bremserstaaten, wie etwa Polen, engagierte Verhandlungen über höhere Klimaziele zu führen.

Das wäre einfacher, würde Deutschland die eigenen Verpflichtungen einhalten. Doch der Plan, den Ausstoß an Treibhausgasen bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent und bis 2050 um 80

bis 95 Prozent (gegenüber 1990) zu senken, ist nach Ansicht von Experten ohne deutlich ambitioniertere Maßnahmen als bislang nur schwer zu erreichen. Vor allem der Verkehrssektor muss mehr zum Klimaschutz beitragen, allerdings deutet der aktuelle Bundesverkehrswegeplan eher in die entgegengesetzte Richtung. Nach heftigen Kontroversen verständigte sich die Bundesregierung kurz vor der UN-Klimakonferenz in Marrakesch (7.–18. November 2016) doch noch auf einen „Klimaschutzplan 2050“. Der allerdings enthält zwar konkrete CO<sub>2</sub>-Minderungsziele für die einzelnen Sektoren, ist jedoch nach Einschätzung vieler Kritiker bei den notwendigen Maßnahmen weniger konkret. Vor allem beim Thema Kohle gebe es „eine Leerstelle“, so Regine Günther, Generaldirektorin Politik und Klimaschutz beim World Wide Fund for Nature.

Die Konferenz in Marrakesch stand unter dem Zeichen der US-Wahlen. Die Ankündigung des zukünftigen US-Präsidenten Donald Trump, die internationale Zusammenarbeit beim Klimaschutz in Frage zu stellen, relativierte die vom scheidenden Außenminister John Kerry vorgestellten ambitionierten Klimaschutzziele der USA bis 2050. Neben den USA und Deutschland präsentierten auch Mexiko und Kanada langfristige Klimaschutzpläne. Als zentrales Ergebnis von Marrakesch gilt die Ankündigung des „Climate Vulnerable Forum“, eines Zusammenschlusses von 48 Staaten, bis spätestens 2050 ihre Energieversorgung komplett auf erneuerbare Energien umzustellen.

Die nächste Klimaschutz-Konferenz im November 2017 wird in Bonn stattfinden, aber von Fidschi organisiert werden. Der Inselstaat leidet selbst besonders unter den Folgen des Klimawandels. Vielleicht erhält der globale Klimaschutz bis dahin weiteren Rückenwind durch die kürzlich erfolgte Aktualisierung des Montrealer Protokolls zum Schutz der Ozonschicht: Die Staatengemeinschaft hat sich am 15. Oktober darauf verständigt, auf die im Vergleich zu CO<sub>2</sub> rund tausendmal klimaschädlicheren Fluorkohlenwasserstoffe, die zum Beispiel in Kühlschränken oder Klimaanlage verwendet werden, schrittweise zu verzichten.